

# Citizen Sampling Simulations - Ein Weg zu demokratischer Planung<sup>\*)</sup>

Stuart Umpleby<sup>\*\*)</sup>

## Eine neue Funktion für die Regierung?

In den letzten 5 Jahren ist in den USA und in anderen Ländern ein bemerkenswertes Ansteigen langfristiger Planungsaktivitäten zu verzeichnen. Eine Reihe von Entwicklungen — die Einrichtung neuer Institute, die Gründung neuer Zeitschriften oder das rapide Anwachsen der Buchveröffentlichungen auf dem Gebiet der Zukunftsforschung — zeugen für die Ausbreitung einer neuen Aktivität in vielen Institutionen, besonders in der Industrie, in der Regierung und in den Universitäten.

Die meisten Führungskräfte haben bislang eine Gruppe von Beratern, manchmal auch „brain trusts“ genannt, die ihnen mit ihren Beobachtungen, Kenntnissen und Ideen zur Verfügung stehen. Diese Beraterfunktion scheint jedoch zur Zeit einer Veränderung zu unterliegen. Nicht nur werden verstärkte Anstrengungen gemacht, mögliche zukünftige Gefahren und Chancen zu erkennen; ebenso ist ein wachsendes Interesse an der Erarbeitung sozialer Indikatoren zu erkennen, welche die bereits existierenden ökonomischen ergänzen könnten. Wie Olson<sup>1)</sup> ausgeführt hat, würden uns soziale Indikatoren Maßstäbe für die Qualität des Lebens liefern, zusätzlich zu jenen, die uns das Bruttosozialprodukt oder die Menge der gesamten Stahlproduktion anzeigen. Bessere Informationen darüber, wo wir jetzt stehen und wie effizient unsere laufenden Programme arbeiten, würden uns vermutlich bei der Entscheidung helfen können, wohin wir gehen wollen und welche Maßnahmen uns zu diesem Ziel bringen.

## Koordinierung erfordert politische Richtlinien

Die Forderung nach einer Veränderung der bestehenden Verwaltungsprozeduren ist teilweise ein Resultat der Notwendigkeit, die große Zahl der laufenden Programme zu koordinieren. So wuchs nach einer Angabe von Daniel P. Moynihan<sup>2)</sup>, Berater des Präsidenten der USA für städtische Probleme, die Zahl der innerpolitischen Programme der USA zwischen 1960 und 1968 von 45 auf 435. Es gibt nun eine ganze Reihe von Leuten, die der Auffassung sind, daß unsere bisherigen Anstrengungen zur Schaffung einer besseren Gesellschaft nicht danach aussehen, als schufen sie erstrebenswerte Ergebnisse. So hat z. B. Richard Goodwin<sup>3)</sup> einmal folgendermaßen formuliert: „... Nehmen Sie z. B. New York City oder eine andere große Stadt. Wenn Sie fragen, wer entschieden hat, daß dieses die Art ist, in der die Leute leben wollen, so ist die Antwort: niemand. Nehmen Sie die 200 einflußreichsten Leute von New York oder Boston, bringen Sie sie in einem Raum zusammen und versuchen Sie herauszukriegen, ob irgend einer von ihnen entschieden hat, daß das Leben in diesen beiden Städten die Art ist, in der die Menschen leben sollten — das Ergebnis wäre, daß keiner der Anwesenden eine solche Entscheidung getroffen haben will oder sich auch nur klar ist, daß er irgendwie maßgeblich daran mitgewirkt hat. Wo also steckt der Bösewicht? Er versteckt sich hinter den bestehenden Werten und in der gesamten Struktur. Deshalb halte ich auch übrigens den Marxismus für nicht relevant, da diese Theorie auf der Ausbeutung des Menschen durch andere Menschen basiert, während wir jedoch die Ausbeutung des Menschen durch die von ihm errichtete Gesellschaft konstatieren müssen.“

Eine grundlegende Annahme des amerikanischen Regierungssystems ist die, daß der beste Weg zur Erringung langfristiger, öffentlicher Zustimmung der ist, die Öffentlichkeit in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Zwei Fragen müssen in diesem Zusammenhang beantwortet werden:

(1) Erfordert das Anwachsen der Planungsaktivität der Regierung neue Formen der Kommunikation zwischen der Öffentlichkeit und den Planungsbehörden, wenn eine demokratische Regierungsform das Grundprinzip sein soll?

(2) Mit Hilfe welcher Kommunikationsmedien und institutionalisierter Strukturen können die Bürger darüber diskutieren und entscheiden, auf welche Art sie leben wollen?

## Wie werden die Dinge jetzt gehandhabt?

(1) Die „Aufsatz-Methode“ wird gern von Professoren und Verwaltungsleuten benutzt, um miteinander im Gespräch zu bleiben. Diese Aufsätze werden in Zeitschriften oder Regierungsberichten veröffentlicht; sie erreichen jedoch nur einen ganz geringen Teil der Bevölkerung.

(2) Das Komitee als ein Kommunikationsinstrument bringt viel Redundanz und oft auch mehr Emotionen als Informationen mit sich. Gewiß sind Emotionen ein wichtiges Zeichen für die Intensität der Gefühle. Nur: der springende Punkt ist der, daß ein Komitee — so nützlich es für Zwecke wie etwa die face to face-Konfrontation sein mag — recht wenig dazu geeignet ist, die größtmögliche Menge an Informationen in der kürzesten Zeit den Beteiligten zu vermitteln.

(3) Massenversammlungen sind wichtig für die Bereitstellung der Möglichkeit, ein emotionales Engagement auszudrücken oder zu erneuern. An Informationen wird jedoch nur wenig ausgetauscht. Solche Versammlungen sind daher eher geeignet, Attitüden zu verfestigen als sie zu verändern.

(4) Rundfunkdiskussionen scheinen unmittelbar nach einer innenpolitischen Unruhe, wie etwa einem Streik, recht nützlich zu sein. In Zeiten relativer Ruhe jedoch wirken sie auf die Mehrheit der Hörer banal und überflüssig.

(5) Bürgerversammlungen mit der Möglichkeit für jeden, Fragen zu stellen, sind oft als die ideale Regierungsform gepriesen worden (obgleich sie in einer Massengesellschaft kaum praktikierbar sind). Solche Versammlungen haben jedoch Nachteile. In der Regel sind sie langweilig, zeitraubend und können auch gestört werden. Die Diskussion neigt dazu, sich auf geringem Niveau abzuspielen und visuelle Diskussionshilfen werden kaum benutzt.

(6) Administrative Aktionen, wie sie etwa von Ralph Nader angeregt werden, erlauben zwar ein gewisses, aber nicht ausreichendes Maß an öffentlicher Teilnahme. Die, welche es angeht, würden sich vermutlich noch mehr einschalten wollen, wenn es Gelegenheit dafür gäbe.

(7) Was die Möglichkeiten der Berichterstattung in den Massenmedien Rundfunk und Fernsehen angeht, so sind diese denkbar gering. Der Hörer oder Zuschauer hat keine Möglichkeit zu verharren, um die Logik der Argumente zu überprüfen oder in Ruhe

<sup>\*)</sup> Übersetzung aus dem Englischen mit Genehmigung der Herausgeber der Zeitschrift „Policy Sciences“, Vol. 1, No. 3, 1970, hrsg. v. American Elsevier Publishing Co., New York. Übersetzung: Andreas Feige.

<sup>\*\*)</sup> Prof. an der University of Illinois at Urbana-Champaign, Computer-based Education Research Laboratory.

<sup>1)</sup> Olson; Mancur Jr., „Toward a Social Report“, Department of Health, Education, and Welfare, Washington, D.C., January, 1969.

<sup>2)</sup> Moynihan, Daniel P., „Toward a National Urban Policy“, in: The Public Interest, No. 17, Fall, 1969, pp. 3—20.

<sup>3)</sup> Gelman, David und Kempton, Beverly, „New Issues for the New Politics: An Interview with Richard N. Goodwin“, in: The Washington Monthly, Vol. 1, No. 7, August 1969, p. 20.

nach fehlenden Punkten zu suchen. Zeitungen hingegen, besonders in den USA, konzentrieren sich mehr auf tagesaktuelle Geschehnisse als auf die Analyse und Kritik langfristiger Planungsüberlegungen.

(8) Der Kongreß eignet sich für legislative Programme, aber er überprüft nicht systematisch Erfolg oder Mißerfolg der von ihm initiierten Programme. Überdies ist er in seiner gegenwärtigen Form nicht darauf angelegt, die Programme zu koordinieren. Fast die gesamte Aktivität des Kongresses spielt sich in Ausschüssen mit speziellen Interessen ab.

(9) Filme und Schallplatten werden gewöhnlich als reine Unterhaltungsmedien angesehen. Jedoch ist ihre Funktion als Vehikel politischer Aussagen gewachsen; übrigens nicht deshalb, weil sie die für junge Menschen am ehesten erreichbaren Medien sind.

Moynihan<sup>4)</sup> hat festgestellt, daß die Bemühungen, Bürger auf lokaler Ebene in den Planungsprozeß aktiv einzuschalten, nicht den erhofften Erfolg gehabt haben. Ein Grund dafür mag sein, daß es keinen Weg gab, zu vertretbaren Kosten und mit vernünftigem Zeitaufwand die Bürger sowohl zu informieren als auch zu befragen.

Weitere Kriterien für ein gutes Kommunikationssystem zur Diskussion von Planungsideen wären folgende: keine Langeweile; möglichst verzerrungsfreie Informationsübermittlung; die Möglichkeit, Fragen stellen zu können; die Forderung, daß zunächst die Hintergrundinformationen verstanden werden, ehe Meinungen abgegeben werden.

## Ein neues Kommunikationsmedium

Es ist vorab behauptet worden, daß die politischen Entscheidungsprozesse in großen Institutionen in eine Periode großer Änderungen eintreten und daß Regierungsinstitutionen sich in einer Weise verändern, welche die Frage nach den wünschbaren Formen des Regierens aufwirft. Es soll nun versucht werden zu zeigen, wie ein neues Kommunikationsmedium die Möglichkeit bietet, den Grad der Information und der Teilnahme an der Formulierung langfristiger, öffentlicher Politik zu heben.

### Die Metamorphose des „Lehr-Computers“

Dieses neue Medium existierte bereits vor 10 Jahren in rudimentärer Form. Jedoch, die Realisierung all seiner Implikationen hinsichtlich seines Einsatzes als Instrument in demokratischen Prozessen war bisher begrenzt durch Schwierigkeiten, einen für politische Probleme befriedigenden und ausreichend großen Thesaurus zu finden. Dieses neue Medium ist der „Lehr-Computer“ genannt worden. Eine mit Unterstützung des Computers durchgeführte Ausbildung ist hinsichtlich ihrer Bedeutung für die gesamte Ausbildung oft mit dem gedruckten Wort verglichen worden. Der Lehr-Computer kann jedoch ebenso sinnvoll mit den Medien Rundfunk und Fernsehen verglichen werden. Diese sind ja Techniken zur Verbreitung von nicht fixierten (im Gegensatz zum gedruckten Wort) verbalen und visuellen Inhalten von einer zentralen Quelle zu einer weitgestreuten Rezipientenschaft. Ein Lehr-Computer dagegen sendet nicht nur Informationen vom Zentrum zur Peripherie. Er verarbeitet auch Informationen, die an ihn vom individuellen Benutzer zurückfließen. Mit anderen Worten: der Lehr-Computer ist ein Kommunikationssystem mit Informationsrückkoppelung. Graphische und sonstige bildliche Informationen (in naher Zukunft auch gesprochene Informationen) können dem einzelnen Benutzer vom Computer in einer Menge geboten werden, welche der Benutzer bestimmen kann. Zusätzlich zu seiner Verwendung in bestimmten Lehrsituationen könnte der Lehr-Computer nun auch von Planungsbehörden eingesetzt werden, wenn sie politische Alternativen — so wie sie sie sehen — der Öffentlichkeit darstellen. Hintergrundinformationen würden auf Anforderung der Leute verfügbar werden, die mit Hilfe des Computers alternative Zukünfte „ausprobieren“, „erkunden“, d. h. simulieren. Die wahrscheinlichen Konsequenzen einer jeden Alternative könnten ebenfalls ein Teil des programmierten Materials sein. Während des Simulationsverlaufes wäre jeder Benutzer in der Lage, seine Meinung zur Wünschbarkeit einer jeden Alternative abzugeben, oder er könnte gebeten werden, die Alternativen in seiner Präferenzskala einzuordnen.

Wenn dann der Benutzer die Alternativen, die Hintergrundinformationen und die wahrscheinlichen Folgen kennt, wäre er in der Lage, mit Hilfe einer allgemeinen Verschlüsselungsanweisung a) zusätzliche Alternativen, b) Unstimmigkeiten bei den bereitgestellten Hintergrundinformationen oder c) seine eigenen Beurteilungen bezüglich der Wahrscheinlichkeit des Eintretens der Folgen einer alternativen Aktion anzugeben.

### Erste Versuche werden gemacht

Die erste Version einer „computerisierten Simulation alternativer Zukünfte“ ist bereits am „Computer-based Education Research Laboratory“ der Universität von Illinois in der Bearbeitung. Die Einzelheiten sind bei Umpleby nachzulesen.<sup>5)</sup>

Diese Art „Exploration“ war ursprünglich von Charles E. Osgood als ein Hilfsinstrument für die Unterrichts- und sozialwissenschaftliche Forschung vorgeschlagen worden. Heute wird sie als der Vorläufer der „Citizen Sampling Simulation“ (CSS) angesehen, einer Simulation, welche die technischen Möglichkeiten des Lehr-Computers dazu nutzt, Informationen und Meinungen zwischen Experten und einem Querschnitt der Bevölkerung auszutauschen. Die mittel- und langfristigen Folgen alternativer Aktionsverläufe würden simuliert und die Reaktionen einer Bevölkerungsauswahl festgehalten. Die Resultate, die anzeigen würden, was die Öffentlichkeit für eine wünschenswerte oder nicht wünschenswerte Politik hält, würden dann den Planungsbehörden für deren Überlegungen vorgelegt werden können. Ein erstes Experiment, was ein lokales Problem zum Gegenstand hat, wird zur Zeit unter der Leitung von Valerie Lamont<sup>6)</sup> durchgeführt.

Zwei prinzipielle Vorteile sind es, die CSS im Vergleich zu Debatten im Fernsehen zusätzlich hat. Mit einem Lehr-Computer kann — wie schon gesagt — der Student oder der Bürger die Menge der ihm zugeführten Information selbst bestimmen. Er braucht sich weder zu langweilen noch überfordert zu fühlen. Kennt er die Informationen schon, kann er schnell zur nächsten übergehen. Versteht er einen bestimmten Punkt nicht, kann er nach zusätzlichen Informationen fragen.

Der zweite Vorteil ist, daß eine CSS ein Modell jener sozialen Prozesse erfordert, die den diskutierten Situationen zugrundeliegen. Erst dadurch kann man ja die Folgen alternativer Maßnahmen prognostizieren. Die Notwendigkeit eines Operationsmodells macht Experten erforderlich, die in expliziter Weise darlegen müssen, wie ihrer Auffassung nach die Aktions- und Wirkungsmechanismen in der zur Diskussion stehenden Problematik arbeiten. Verschiedene Auffassungen über wahrscheinliche Handlungskonsequenzen können dann nämlich verglichen werden.

### Notwendige Überlegungen in der Testphase

Ungeachtet der Notwendigkeit wohlwogener, langfristiger politischer Entscheidungen ist ebenso eine sorgfältige Betrachtung über die Durchführbarkeit von CSS geboten. Mehr noch: bei Forschungsprojekten, die Überlegungen mit möglicherweise langfristigen sozialen Konsequenzen zum Thema haben, müssen auch etliche Betrachtungen darüber angestellt werden, wie die Ergebnisse solcher Forschungen im öffentlichen Interesse kontrolliert werden können.

#### Ökonomische, soziale und politische Durchführbarkeit

(1) Eine gewisse Vorstellung von der ökonomischen Durchführbarkeit eines solchen CSS können die Schätzungen vermitteln, die Bitzer und Skaperdas<sup>7)</sup> hinsichtlich der Kosten langfristiger, computerisierter Ausbildungssysteme aufgestellt haben. Danach würden

4) Siehe Fußnote 2.

5) Umpleby, Stuart, „The Delphi Exploration: A Computer-based System for Obtaining Subjective Judgements on Alternative Futures“, Social Implications of Science and Technology, Report F-1, Computer-based Education Research Laboratory, University of Illinois, Urbana, Illinois, August 1969, 220 pages.

6) Lamont, Valerie, „PLATO Programm on the Boneyard Creek“, Computer-based Education Research Laboratory, University of Illinois, Urbana, Illinois, June, 1970.

7) Bitzer, D. L. und Skaperdas, D., „The Design of an Economically Viable Large-Scale Computer-based Education System“, CERL Report X-5, February, 1969, University of Illinois, Urbana, Illinois, 32 pages.

die Kosten für das Modell PLATO IV weniger als 50 US-cent per Stunde und Student betragen.

(2) Die soziale Durchführbarkeit all dieser Überlegungen könnte in einer kleinen Stadt wie z. B. Champaign-Urbana, oder vielleicht in einem noch kleineren Gemeinwesen wie etwa der Universität von Illinois ausprobiert werden.

Eine Fülle von Fragen wäre noch zu beantworten:

Werden die Leute überhaupt „mitspielen“? Welche Schwierigkeiten werden sie beim Verständnis und Umgang mit solchen komplexen Themen und Problemen haben? Wie schnell werden sie sich die Benutzungsvorschriften des Computers aneignen können? Welche Probleme werden sich bei dem Versuch zeigen, eine repräsentative Auswahl in der Bevölkerung zu treffen? Werden die Planer die zusammengestellten Simulationsdaten als nützlich ansehen? Werden die für die Computer-Diskussion ausgewählten Probleme als ein Resultat der vorliegenden Reaktionen der Öffentlichkeit definiert und formuliert? Können mögliche Änderungen in der Haltung der Öffentlichkeit zu politischen Problemen als ein Resultat der Tatsache angesehen werden, daß eine Simulation von Alternativen stattgefunden hat? Ändern die Teilnehmer ihre Meinungen über die Gemeinde, die Lokalverwaltung, die Planung und ändern sie auch ihr Urteil über befreundete Mitbürger? Glauben die Leute, daß jene Entscheidungen, die nach einer Berücksichtigung der in der Simulation verwendeten Daten getroffen werden, in besserem Maße ihren Wünschen entsprechen? Bekommt die Bevölkerung durch die CSS Informationen, die sie sonst nicht bekommen hätte? Wieviel Informationen verarbeiten die Leute überhaupt, ehe sie eine Entscheidung treffen? Werden die Informationen in besser verstehbare und nützlicherer Form dargeboten als dies durch die bereits bestehenden Massenmedien geschieht? Ist — als ein Resultat der CSS — ein Ansteigen anderer Formen politischer Teilnahme zu verzeichnen?

(3) CSS muß auch von jenen beachtet werden, die die täglichen, die aktuellen Entscheidungen zu treffen haben. Deren Haltung und Reaktion wird ja dadurch beeinflußt, wie sie die Auswirkungen auf den Bestand ihres Jobs einschätzen; wie sie glauben, daß die Bevölkerung auf die Simulationsergebnisse reagieren wird; und ob sie der Meinung sind, daß CSS im Interesse der Bevölkerung liegt. Es gibt Grund daran zu zweifeln, daß etliche Institutionen wirklich daran interessiert sind, die Wünsche der Öffentlichkeit genau zu kennen. Eine Reihe von Politikern ist ja in der Tat mehr mit der Werbung für ihre eigene Person befaßt. Jedoch gibt es zwei Gründe, weswegen Politiker nicht offen gegen dieses neue Medium opponieren werden. Erstens wird die Einführung allein der notwendigen Computer-Ausrüstung etliche Jahre dauern. Zweitens hat die Idee eines Kommunikationssystems, welches einen ungehinderten Fluß von Informationen und Meinungen in beiden Richtungen erlaubt, den Anschein für sich, fehlerfrei, d. h. „gut“ zu sein. Dieser Umstand macht es schwierig, in abstrakter Weise dagegen zu argumentieren. Dennoch: Argumente bezüglich der Kontrolle des Mediums und hinsichtlich der Erarbeitung spezieller Programme dürften (und müssen) Gegenstand lebhafter Diskussionen sein.

Ob die Öffentlichkeit diese neue soziale Technik akzeptiert, wird zunächst vor allem davon abhängen, ob sie sie als einen weiteren Schritt auf dem Wege zur „Computerisierung unseres Lebens“ auffaßt, oder sie als eine Möglichkeit ansieht, mit Hilfe der Technik diese selbst unter Kontrolle zu halten!

Ein nationales Engagement an der Verwirklichung der hier dargestellten Idee könnte vielleicht durch folgende mögliche Entwicklungsverläufe geweckt werden.

a) Internationaler wirtschaftlicher Wettbewerb, etwa durch Japan besonders angeregt, könnte die USA dazu veranlassen, sich die Vorherrschaft in einer neuen Technologie zu sichern, die wiederum ihre Auswirkungen etwa auf die Zahlungsbilanz haben könnte. So waren es z. B. Zahlungsbilanzüberlegungen, die eine große Rolle bei der Debatte spielten, die Entwicklung von zivilen Überschallflugzeugen voranzutreiben.

b) Sollten negative öffentliche Reaktionen verstärkt zu solchen Formulierungen führen wie etwa die, daß die Politik ja sowieso nur von den „Experten“, den „Bürokraten“ oder von den „Mächtigen“ in einer Stadt gemacht würde, dann könnte sich die CSS als eine Antwort auf diesen kritisierten Zustand anbieten.

c) Ein weiteres Anwachsen der Komplexität und Dringlichkeit innerpolitischer Probleme könnte die Regierung davon überzeugen, daß eine echte und sachliche Verständigung in der Gesellschaft über die Lösungswege anstehender Probleme sehr nötig ist.

John Platt<sup>8)</sup> hat überaus eindringlich die „Krise der multiplen Krisen“ beschrieben, der sich die Menschheit nähert.

### Fragen der Regelung und Kontrolle

Sollte sich die Idee der CSS nach der Testphase als durchführbar erweisen, dann müssen auch Reflexionen über die folgenden Fragen angestellt werden:

(1) Soll die technische Ausrüstung für diese Simulation in öffentlichem oder privatem Besitz oder in einer Kombination von beiden sein?

(2) Sollten die Stellen, welche die Programme schreiben und die Reaktionen darauf sammeln, den Regierungsbehörden, den Universitäten, privaten Gesellschaften oder einer neuen Art von Instituten zugeordnet sein?

(3) Wie und von wem sollte das neue Kommunikationssystem beaufsichtigt werden — von der Federal Communications Commission, oder von einer dieser ähnlichen, aber neuen Organisation, vom Kongreß oder durch die direkte öffentliche Kritik und normale Gesetzgebung, so wie es zur Zeit bei der Presse der Fall ist?

(4) Sollte — verfassungsrechtlich gesehen — die CSS zu einem festen Bestandteil einer neuen Art des Regierens und damit zu einem Instrument nicht nur für die Diskussion von Zielen, sondern auch für die gesetzmäßige Verankerung ihrer Ergebnisse werden?

### Mögliche langfristige soziale Konsequenzen

Nimmt man alle Konsequenzen der Einführung von CSS zusammen, würden diese eine soziale Veränderung sehr großen Ausmaßes ergeben. Betrachtet man jedoch die vielen heutigen Kommunikationsmedien, so dürfte die Gesellschaft sich wohl kaum nur auf dieses neue Medium konzentrieren; keinesfalls würde sie das gleichsam über Nacht tun. Deshalb sollten auch die nachfolgend kurz skizzierten Konsequenzen nur als ein Aufzeigen der Richtung angesehen werden, in die sich die Gesellschaft verändern könnte, und nicht etwa als die Beschreibung eines sozialen Systems, das kurz vor der Tür steht.

#### Eine neue Konzeption der Regierungsfunktion

Die Tatsache, daß sowohl die Regierung als auch der gesamte Ausbildungssektor die gleiche technische Ausrüstung benutzen würden, legt den Gedanken nahe, diese beiden sozialen Aktivitäten enger miteinander zu verbinden. So sollten die Universitäten vielleicht weniger Zeit damit verbringen, für bestimmte Berufe auszubilden, sondern sie sollten mehr Zeit dafür haben, die Fähigkeiten der Schüler hinsichtlich guter Alternativdefinitionen und Erkennung wirklich relevanter Informationen zu aktivieren und zu steigern. Darüber hinaus könnten sich die Universitäten wesentlich stärker darauf konzentrieren, den Studenten statt spezialisierter Kenntnisse mehr die generellen und systemorientierten Informationen über die physische und soziale Umwelt zu vermitteln.

Dadurch würden die Bürger in die Lage versetzt, fundierter als es jetzt möglich ist, die wahrscheinlichen Folgen alternativer Handlungsverläufe abzuschätzen. Wenn die Universitäten sich dieser Funktion stärker annähmen, dann hätten sie sicherlich zu den sozialen Problemen auch Entscheidenderes als bisher zu sagen.

Charles Frankel ist der Auffassung, daß demokratische Regierungsform und Ausbildungssystem sehr viel gemeinsam haben. Er glaubt, daß die Demokratie die beste Form des Regierens ist, weil sie die am meisten erzieherische sei. Gelegentlich dieser Auffassung sollte man sich auch klar darüber sein, daß „Information“ nur in einer Form existent ist: in menschlichen Gehirnen in Form spezifischer Fähigkeiten und sozialer Normen. Büchereien und Datenbanken enthalten ja lediglich Symbole, die immer erst von Menschen interpretiert werden müssen. Eine Gesellschaft nun, die von einer fähigen und integren Elite regiert wird, fällt dann beinahe hoffnungslos

<sup>8)</sup> Platt, John R., „What We Must Do“, in: Science, Vol. 166, November 28, 1969, pp. 1115—1122.

zurück, wenn durch eine andere politische Kraft diese Elite ihres Einflusses beraubt wird, und an ihre Stelle nichts gleichwertiges gesetzt werden kann.

Eine weitere wichtige Überlegung hinsichtlich der Erhaltung bzw. Bildung einer stabilen, lebensfähigen Gesellschaft ist die, daß sich die Menschen in der Regel dann stärker kooperativ verhalten, wenn sie das Gefühl haben, bei der Festlegung politischer Ziele und Leitsätze beteiligt zu sein.

Die Kenntnisse und die Fähigkeiten des Menschen wachsen mit seiner Erfahrung. Das gleiche gilt auch für die Gesellschaft. Ein Weg, die Lern- und Entscheidungsprozesse der Gesellschaft zu verbessern, scheint daher der zu sein, die Bevölkerung gründlicher mit den von den Entscheidungsträgern erwogenen Alternativen bekannt zu machen; das gilt ebenfalls für die Begründung getroffener Maßnahmen. Um das zu erreichen, dürfte es hilfreich sein, langsam damit zu beginnen, die Tätigkeit der Regierung als eine erzieherische anzusehen, und zwar auf nationaler Basis. Durch die Lehr-Computer wird nun die Chance geboten, so etwas wie „Regierungs-Seminare“ für alle Interessierten zu veranstalten. So könnten gar die gesamten USA gleichsam als ein „Kursus“ angesehen werden, der sich in aktiver Kooperation mit der Regierung übt; die Medien und die Universitäten hätten gegenüber der übrigen Bevölkerung die Funktion eines „Professors“. Selbstverständlich würden dann die „Studenten“ in ständigem Kontakt mit den „Professoren“ stehen. Das hieße dann auch, daß die Seminare (mit anderen Worten: die praktizierte Demokratie) für die Beteiligten mehr Anziehungskraft aufwiesen als sture Lektionen (oder: als die Diktatur). Und natürlich hätten die „Studenten“ alle vier Jahre die Chance, selbst „Professor“ zu werden.

#### Die Universität: Probehöhne politischer Konflikte

Jede große soziale Innovation wird die relative Bedeutung der existierenden sozialen und politischen Institutionen verschieben. Würden die computerisierten Kommunikations-Zentren, die die Computer-Programme schreiben und die Reaktion an die Regierung weiterleiten würden, im Bereich der Universitäten liegen, so wüchse ihre Bedeutung für die Gesellschaft. Zweifelsfrei ist auch, daß die Funktion der Universität, eine Plattform für das Austragen sozialer Konflikte (welche Alternativen sollen formuliert und im Modell programmiert werden? Welches werden die wahrscheinlichsten Folgen von Maßnahmen sein?) abzugeben, stark ansteigen.

#### Kollektives Handeln in einer „Industrie-Demokratie“

Wenn die Führungen der Industrie „employee sampling simulations“ anwenden würden, so ginge auch die Schärfe des Gegensatzes Gewerkschaften—Arbeitgeber zurück. Kollektives Handeln käme wieder stärker in den Blick. Arbeitgeber und Arbeitnehmer könnten

gemeinsam die Folgen höherer Löhne und Preise durchdenken. Sie könnten gemeinsam über solche Fragen nachdenken wie: Soll man Napalm produzieren? Welcher Prozentsatz beschäftigter Neger ist sowohl sozial gerecht als auch im Interesse aller Beschäftigten? Bessere Informationen über den sozialen Hintergrund und mehr Erfahrungen beim Spiel der gegnerischen Rolle würden helfen, Konflikte abzubauen. Mindestens würden die Meinungsdifferenzen klar und sachbezogen herausgestellt und man könnte sie nur schwer mit sachfremden Argumenten bemänteln, ohne daß es aufleie.

#### Der Einfluß auf die Lobby

Ungleichheiten zwischen Bevölkerungsgruppen würden durch eine CSS, die mit sozialen Indikatoren arbeitet, ständig im öffentlichen Bewußtsein bleiben. Konsequenterweise würde es die Aufgabe der Regierung und der Universitäten sein, die bestehenden Gruppenkonflikte deutlich an die gesamte Öffentlichkeit zu bringen, genauso, wie es jetzt die Aufgabe der Regierung ist, existierende Konflikte zu lösen. Die Arbeit mit sozialen Indikatoren würde auch helfen, wachsende soziale Konflikte rechtzeitig vor ihrem kritischen Stadium zu erkennen. Indikatoren, die die jeweilige Situation anzeigen, würden wahrscheinlich auch den Einfluß gut organisierter Minoritäten wie z. B. die American Medical Association auf das ihnen zukommende Maß zurückdrängen und weniger gut organisierten Gruppen zu stärkerem Gewicht verhelfen.

#### Vom Eigeninteresse zum Gemeinschaftssinn

Es scheint so, als würden sich die Menschen allmählich der Tatsache bewußt, daß unsere Möglichkeiten keineswegs unbegrenzt sind. Dieses Erkennen hat wichtige Konsequenzen für die Theorie von der Politik. Vieles der gegenwärtigen Theorie über Koalitionen geht von der Annahme aus, daß bei Konflikten zweier Parteien es in deren Bewußtsein keine „dritte Partei“ gibt. Die These vom „politischen Kuhhandel“ — „hilfst Du mir, so helfe ich Dir“ — geht davon aus, daß keiner der Beteiligten ein eigenes Interesse an den Vorstellungen und Wünschen des Gegenübers hat. In einem sachlichen, den Fakten, den Notwendigkeiten und dem Ganzen verpflichteten Klima jedoch, in dem davon ausgegangen wird, daß früher oder später doch jede Sache von allen anderen beeinflusst wird, ist das Prinzip „Unterstützt Du meine Vorlage, so unterstütze ich die Deine“ nicht mehr haltbar, jedenfalls in dieser ausgeprägten Form. Man wird dann — mehr als bislang — gezwungen sein, zu überlegen, welche Version einer umstrittenen Sache die am meisten wünschenswerten, langfristigen Folgen für die gesamte Bevölkerung hervorbringt. Citizen Sampling Simulation ermöglicht genaue und sorgfältige Durchprüfung der Sekundäreffekte sowohl für die Planer als auch für die Öffentlichkeit. Dadurch wird dazu beigetragen, Entscheidungen zu finden und zu fällen, die den langfristigen wie auch den kurzfristigen Interessen aller dienen.

## Das Experiment von Hawaii

### Robert Jungk\*)

Die „Governors' s Conference on the Year 2000“, die vom 5. bis 8. August 1970 in Honolulu (Hawaii) stattfand, dürfte das erste Zukunftstreffen gewesen sein, bei dem die Zahl der teilnehmenden Nicht-Experten weitaus größer war als die der Experten. Dieser Versuch, die Bürger am Nachdenken über ihre eigene Zukunft zu beteiligen, war nach Ansicht fast aller 600 Teilnehmer sowie der Gäste und Beobachter über Erwarten erfolgreich. Dies geht schon daraus hervor, daß vor dem Ende der Konferenz beschlossen wurde, die in den dreieinhalb Tagen geleistete Arbeit nur als einen **Auftakt für eine längere Bemühung** anzusehen und die bei dieser Gelegenheit diskutierten Probleme in einem „Citizens Standing Committee Toward the Future“ weiter zu besprechen. De facto ist auf diese formlose Weise in Hawaii eine neue demokratische Institution entstanden, welche von nun an die Arbeit sowohl der Exekutive wie der beiden gewählten Häuser der Legislative kritisch und kreativ „sub specie futuri“ prüfen und bereichern wird.

Die Initiative zu diesem Unternehmen ging von George Chaplin, dem Chefredakteur des „Honolulu Advertiser“ aus. Die Lektüre verschiedener futurologischer Bücher — vor allem aber die Sondernummer des „Daedalus“ über die von Daniel Bell geleitete „Kommission für das Jahr 2000“ — beeindruckte diesen — ursprünglich übrigens aus Europa stammenden — Journalisten so sehr, daß er in seinem Blatt die Einsetzung einer „Commission on Hawaii 2000“ anregte. Im Frühjahr 1969 bewilligte die Volksvertretung dieses 50. Staates der USA die notwendigen Mittel für die Arbeit einer solchen Kommission von 25 Mitgliedern, die dann im Herbst des gleichen Jahres von Gouverneur John Burns unter Berücksichtigung ethnischer, beruflicher, wirtschaftlicher und anderer Gesichtspunkte eingesetzt wurde.

Es war besonders Keiji Kawakami, ein Hersteller von „Aloha-Hemden“, der als Mitglied der Kommission darauf drängte, daß der

\*) Dr. phil., A - 5010 Salzburg, Steingasse 31.